

Krisenstimmung am Bremer Stahlwerk: Was wird aus den Arbeitsplätzen?

Fraktionen in Bremen fordern Zukunftspläne für das Stahlwerk, während ArcelorMittal geplante CO2-Reduktionen absagt.



Bremen, Deutschland - In Bremen brodelt es: Der größte Stahlproduzent der Welt, ArcelorMittal, hat beschlossen, sein milliardenschweres Projekt zur Umstellung auf „grünen“ Wasserstoff in Bremen und Eisenhüttenstadt erst einmal ad acta zu legen. Diese Entscheidung hat nicht nur für Stirnrunzeln gesorgt, sondern die Politik in Aufregung versetzt. Wie **buten un binnen** berichtet, sehen die Fraktionsspitzen der Bürgerschaftsparteien in dieser Einladung des ArcelorMittal-Vorstands eine Annäherung, mit der Hoffnung, mehr über die Zukunft des Bremer Stahlwerks zu erfahren.

Der SPD-Fraktionsvorsitzende Mustafa Güngör äußert den Wunsch nach einem klaren Zukunftsplan zur Modernisierung der

Hochöfen. Auch Emmanuel Herold von den Grünen möchte Informationen zu den Investitionen für den Standort Bremen. CDU-Fraktionschefin Wiebke Winter hofft, dass die Beschäftigten endlich Klarheit über ihre Situation bekommen, während Klaus-Rainer Rupp von der Linken konkrete Antworten zur Senkung des CO₂-Ausstoßes fordert. Besonders kritisch sieht er die Ablehnung von Fördermitteln durch ArcelorMittal als eine Beleidigung für Bremen.

Ein schwerer Schlag für die Stahlindustrie

Der Hintergrund dieser Turbulenzen ist die Entscheidung von ArcelorMittal, trotz zugesagter Fördergelder in Höhe von 1,3 Milliarden Euro, den Kurs zur Reduktion von CO₂-Emissionen über Wasserstoff vorerst auf Eis zu legen. Wie [tagesschau.de](https://www.tagesschau.de) vermeldet, begründet das Unternehmen diesen Schritt mit der fehlenden Wirtschaftlichkeit und der momentan unzureichenden Verfügbarkeit von Wasserstoff. Diese Entwicklung bringt auch die CO₂-Reduktionsziele bis 2030 ins Wanken, was nicht nur die Verantwortlichen in der Stahlbranche besorgt, sondern auch die breite Öffentlichkeit.

Die Bürgermeister von Bremen bezeichneten die Entscheidung als „schweren Schlag“ für den Wirtschaftsstandort und die betroffenen Beschäftigten. Im Vergleich zu anderen Herstellern erhält die Branche durch die Regierung bislang nur spärliche Unterstützung, während beispielsweise Thyssenkrupp Steel weiterhin eine Direktreduktionsanlage in Duisburg plant.

Chancen und Herausforderungen für grünen Stahl

Die Diskussion um „grünen“ Stahl wird durch eine aktuelle Metastudie der LBST im Auftrag der DWV-Fachkommission HySteel weiter angeregt. Diese Studie, wie [lbst.de](https://www.lbst.de) berichtet, beleuchtet die Herausforderungen, Chancen und Lösungsansätze für eine emissionsfreie Stahlerzeugung in Deutschland bis 2045.

Ein zentraler Punkt ist die erforderliche politische Unterstützung für die Stahlindustrie, insbesondere in Bezug auf die nötigen Investitionen in die Wasserstoff-Infrastruktur und die Erneuerbaren Energien. Ohne diese Rahmenbedingungen wird die Branche Schwierigkeiten haben, sich zukunftssicher zu positionieren.

Die reje Themen rund um ArcelorMittal zeigen eindrücklich die Spannungen zwischen wirtschaftlichen Realitäten und dem Klimaziel. Die Stahlbranche steht vor großen Herausforderungen, und wie die Verantwortlichen hier reagieren, könnte entscheidend für die Zukunft des Standorts Bremen sein. Es bleibt abzuwarten, ob und wie sich ArcelorMittal positionieren wird und welche Antworten die Politik auf die drängenden Fragen finden kann.

Details	
Ort	Bremen, Deutschland
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.butenunbinnen.de• www.tagesschau.de• lbt.de

Besuchen Sie uns auf: mein-bremen.net